
„Zum Frieden berufen“ (1. Korinther 7,15)

500 Jahre Reformation und der Friedensauftrag der Kirche

Ein Positionspapier aus der Friedensarbeit der EKD

1. Unsere Berufung: Dem Frieden dienen

Das Evangelium von Jesus Christus schenkt Frieden und ruft zum Frieden. "Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein!" Dies war nach den furchtbaren Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges die Botschaft des im Jahr 1948 in Amsterdam versammelten Ökumenischen Rates der Kirchen. Das Friedenszeugnis ist Kern und Mitte des Auftrags der Kirche Jesu Christi: Die Kirche als Ganze ebenso wie die einzelnen Kirchen sind berufen, dem Frieden zu dienen und den Frieden zu fördern, sie sind berufen, eine Kraft der Versöhnung zu sein in unserem Land und weltweit. Diese Berufung hören und bekräftigen wir im Jahr des Reformationsjubiläums. Wir wenden uns besonders an die Christinnen, Christen, bitten aber ebenso alle Menschen, die sich dem Frieden verpflichtet wissen, den Weg des Friedens mitzugehen.

2. Im Evangelium verankert

Das Reformationsjubiläum vergegenwärtigt der Kirche ihr eigenes Fundament: Das Evangelium von Jesus Christus, die Botschaft von der versöhnenden und friedensstiftenden Liebe Gottes.

Christinnen und Christen glauben an den lebendigen Gott, Vater, Sohn und Heiligen Geist. Gott hat diese Welt geschaffen und jeden einzelnen Menschen mit unendlicher Würde beschenkt. In Jesus Christus, am Kreuz gestorben und zu ewigem Leben auferweckt,

überwindet Gottes Liebe das Böse und den zerstörerischen Widerspruch des Menschen. Gott befreit und erneuert den verlorenen Menschen durch den Heiligen Geist und beruft ihn, vertrauensvoll und gehorsam den Weg Jesu zu gehen. Die Kirche als Gemeinschaft der Christinnen und Christinnen lebt aus diesem Frieden, den Gott schenkt. Dieser Friede ist zugleich Aufgabe: In einer unfriedlichen und von Gewalt erfüllten Welt ist die Kirche dem Weg des Friedens und der Gewaltlosigkeit verpflichtet, sie ist berufen "Kirche des Gerechten Friedens" zu sein – in der Hoffnung auf einen neuen Himmel und eine neue Erde, in der Tod und Gewalt keine Macht mehr haben werden.

3. Kirche als Ort des "Gerechten Friedens"

Die Berufung zum Frieden gilt zuerst dem eigenen Leben und Handeln der Kirche. Die Kirche ist nicht verschont von widerstreitenden Interessen und Streit, sie soll aber ein Ort sein, an dem Konflikte konstruktiv und geschwisterlich bearbeitet werden.

Die Berufung zum Frieden gilt dann aber auch für die Mitwirkung der Kirchen in gesellschaftlichen und politischen Prozessen. Christinnen und Christen bringen ihre Überzeugungen und Erfahrungen ein, um als „Friedensstifter“ zu wirken.

Wenn Kirchen, Christinnen und Christen aus dem Glauben heraus handeln und auch politisch Stellung beziehen, rechnen sie nicht damit, dass ihre Grundsätze und Empfehlungen

allgemein geteilt werden. Sie vertreten gleichwohl ihre Überzeugungen im öffentlichen Raum und suchen Austausch und Kooperation mit Gruppen und einzelnen Menschen, die vielleicht nicht diese Überzeugungen und Erfahrungen, wohl aber das Ziel des Handelns teilen: Frieden zu schaffen und zu fördern. Sie rechnen damit, dass sich in Gespräch, in Kooperation und Konflikt neue und überraschende Einsichten ergeben können, und erkennen auch darin das Wirken Gottes.

4. Bedrohter Friede in einer Welt im Wandel

Die Berufung zum Frieden steht im Jahr 2017 vor ebenso drängenden wie schwierigen Aufgaben. Die internationalen Beziehungen sind im Umbruch. Nach einer Ära der Dominanz des Westens unter Führung der USA entsteht eine multipolare Welt mit neuen Zentren politischer und militärischer Macht. Es droht eine neue Spirale der Aufrüstung, besonders bedrohlich im Blick auf die nuklearen Waffen. Die Vereinten Nationen, besonders der VN Sicherheitsrat, und andere wichtige internationale Institutionen sind nur eingeschränkt funktionsfähig.

Der Umbruch zeigt sich in einer Vielzahl gewalttätiger Konflikte und Kriege: Für Deutschland und Europa sind die Kriege im Osten der Ukraine und im Krisenbogen zwischen Afghanistan und Nordafrika die nächstliegenden und bedrohlichsten. Schwache, zerbrechliche und zerfallende Staaten haben eine große Anzahl von Menschen zur Flucht vor Gewalt und Armut getrieben. Für die Konflikte und Kriege im Mittleren Osten und Nordafrika tragen westliche Staaten durch militärische Interventionen und die opportunistische Unterstützung diktatorischer Regime eine maßgebliche Mitverantwortung.

Ein ständig wachsendes Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd, zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung, stellt grund-

legende Fragen nach der Gerechtigkeit und Legitimität der westlichen Weise des Wirtschaftens und der von den reichen Ländern dominierten internationalen Institutionen und Regelwerke. Der Klimawandel und Fragen der Klimagerechtigkeit verschärfen das Konfliktpotential.

Schnell voranschreitende Veränderungen in unserem Land führen dazu, dass Teile der einheimischen Bevölkerungen sich bedroht fühlen und mit Abgrenzung und teilweise mit Gewalt reagieren. Zugewanderte Menschen stellen die Frage, ob sie von der Mehrheitsgesellschaft respektiert und als zugehörig anerkannt werden. Gesellschaftliche Polarisierung wächst, die demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen stehen unter dem Druck populistischer Bewegungen und Parteien.

An den Fragen von Zuwanderung und Asyl sind Bruchlinien zwischen den Mitgliedsstaaten der EU entstanden, die das Selbstverständnis Europas und die seine künftige Entwicklung betreffen: Gelingt es, in Europa neu einen Raum des Friedens und der gemeinsamen Sicherheit zu schaffen?

5. Die prophetische Stimme der Kirche und das politische Handeln

Das Evangelium von Jesus Christus hat politische Konsequenzen, es ermöglicht und fordert Freiheit und Gerechtigkeit, es ruft zu Frieden und Versöhnung, zu Anerkennung und Respekt. Indem sie das Evangelium öffentlich verkünden, sind die Kirchen politische Akteure. Christinnen und Christen tragen als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger und in ihrem beruflichen Handeln gesellschaftliche und politische Verantwortung. Der "Beruf" ist gemäß der reformatorischen Botschaft, der Ort, wo Menschen im Alltag ihres Lebens der "Berufung" Gottes in verantwortlichem Handeln nachkommen. Es gilt, das suchende und umstrittene Gewissen zu orientieren, zu stär-

ken und damit die Berufung zum Frieden zu fördern. Die Stimme der Kirchen hat Gewicht in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit. Die Kirchen handeln in Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, sie werden von vielen einzelnen Menschen um Rat und Begleitung gefragt. Die Kirchen beteiligen sich an einer offenen Suche nach dem angemessenen politischen Handeln.

Das politische Reden und Handeln der Kirchen wird strittig bleiben. In vielen unterschiedlichen Abstufungen geht um die Spannung zwischen einer unterscheidbaren, herausfordernden und oftmals anstößigen „prophetischen“ Stimme und einem an der politischen Sachlichkeit orientierten „anschlussfähigen“ Urteilen. Beide Pole dieser Spannung sind unverzichtbar und notwendig.

6. Was können wir tun?

Leidenschaft für den Frieden

Der Dienst am Frieden braucht Leidenschaft. Quelle dieser Leidenschaft ist eine Spiritualität des Friedens: Das Leben aus der Heiligen Schrift, das Heilige Abendmahl als Ort der Versöhnung und des Friedens, das Gebet in Lob und Dank, in Klage und Bitte. Der Dienst am Frieden lebt auch von ermutigenden Erfahrungen und Hoffungszeichen: der oft umstrittenen und vielfach doch gelingenden Bearbeitung und Überwindung von Konflikten, von dem Versöhnungsdienst der weltweiten Christenheit, oft der kleinen Gemeinschaften und Gruppen, deren Friedensdienst geduldig auch unter Rückschlägen durchgetragen wird. Damit identifizieren wir uns.

Menschliche Sicherheit vom Frieden her und auf Frieden hin

In der Mitte der reformatorischen Botschaft steht die „Gewissheit“ (certitudo), in Jesus Christus mit Gott versöhnt **und** zur Versöhnung berufen zu sein. Diese Gewissheit ist die

Quelle des Friedens, sie ist zu unterscheiden von einer „Sicherheit“ (securitas), die in erster Linie von Abgrenzung und einem illusionären Wunsch nach Kontrolle herkommt. Wir wollen „menschliche Sicherheit“ nur vom Frieden her und auf Frieden hin verstehen.

Bedrohungswahrnehmungen abbauen

Mit Sorge sehen wir, wie Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch die Fragen der "inneren Sicherheit", durch überwunden geglaubte Bilder von Bedrohung, Konfrontation und Abgrenzung bestimmt werden. Bedrohungsszenarien aber sind gefährlich, Gesellschaft und Politik können sich schleichend daran gewöhnen und damit "sicherheitlichen", von militärischen Mitteln oder gar Gewalt geprägten Denk- und Verhaltensmustern einen viel zu großen Raum gewähren. Sicherheit ist aber nur als "gemeinsame Sicherheit" möglich. Auf dem Weg des Friedens gilt es, die Perspektive der jeweils anderen zu übernehmen und die eigene Perspektive in einer den "anderen" zumindest grundsätzlich zugänglichen Weise auszudrücken.

Aufrüstung widersprechen – Vorrang für zivil

Die neuen Bedrohungswahrnehmungen führen gegenwärtig zu stark ansteigenden Rüstungsausgaben in Deutschland, in Europa und weltweit. Wir rufen dazu auf, dieser höchst gefährlichen Aufrüstungsspirale zu widersprechen. Wir weisen besonders auf die Gefahren der gegenwärtigen nuklearen Aufrüstung hin. Die vorrangige Option für die Gewaltfreiheit als Maxime evangelischer Friedensethik muss heute zu einem entschiedenen "Vorrang für Zivil" führen, zu Prävention im Vorfeld der Eskalationsspirale kriegerischer Gewalt, zu gewaltbegrenzenden nichtmilitärischen Maßnahmen in akuten Konflikten, zu nachhaltigen

Konfliktbearbeitungs-, Versöhnungs- und Wiederaufbauprozessen.

02.05.2017

Weitere Informationen:

Schriftführer Pastor Renke Brahm, Friedensbeauftragter des Rates der EKD, friedensbeauftragter@ekd.de

OKR Dr. Roger Mielke, Kirchenamt der EKD, roger.mielke@ekd.de